

Meine Position: Das GKV-Beitragsatzstabilisierungsgesetz

Warum ich diesen Text schreibe

Der Bundestag hat am 10. Juli 2026 das GKV-Beitragsatzstabilisierungsgesetz beschlossen. Ziel war es, die Beitragssätze stabil zu halten. Ich finde, der gewählte Weg dorthin ist der falsche.

Der Gesetzentwurf sollte die Beitragssätze in der gesetzlichen Krankenversicherung möglichst stabil halten. Das allein ist ein nachvollziehbares Ziel. Das Problem liegt darin, wie das erreicht wird. Im Kern setzt das Gesetz auf Sparmaßnahmen bei Ärzten, Kliniken und anderen Leistungserbringern, etwa durch Honorardeckel, Budgetgrenzen und eine Begrenzung von Vergütungssteigerungen.

BEITRÄGE STABIL? AUF KOSTEN DER VERSORGUNG!

Die Bundesregierung bringt heute das GKV-Beitragsstabilisierungsgesetz in den Bundestag ein. Ziel: Die Beitragssätze sollen möglichst stabil bleiben.

ABER DER PREIS IST ZU HOCH!

Statt die wirklichen Probleme anzugehen, setzt der Gesetzentwurf vor allem auf Sparmaßnahmen bei Ärzten, Kliniken und anderen Leistungserbringern.

- ✗ **Honorardeckel** und Budgetgrenzen gefährden die ambulante und stationäre Versorgung.
- ✗ **Krankenhäuser und Praxen** warnen zurecht: Weniger Geld bedeutet weniger Leistungen und längere Wartezeiten.
- ✗ **Die eigentlichen Ursachen** – steigende Kosten und strukturelle Probleme – bleiben ungelöst.



Gesundheit ist keine Sparmasse!
Eine gute Versorgung darf nicht Kaputtgespart werden.



Teilen, kommentieren, mitdiskutieren!
Gemeinsam für eine starke Gesundheitsversorgung.

GKV-BEITRAGSSTABILISIERUNGSGESETZ

Kritik am geplanten Kurs

WAS DIE BUNDESREGIERUNG PLANT	BESSERE ALTERNATIVEN
 Sparen bei Ärzten, Kliniken und Leistungserbringern <i>Risiko:</i> Weniger Leistungen, längere Wartezeiten, Gefahr für die Versorgung	 Versicherungsfremde Leistungen vollständig aus Steuermitteln finanzieren Entlastung der GKV, ohne Leistungskürzungen
 Begrenzung von Vergütungssteigerungen und Budgets <i>Risiko:</i> Investitionsstau, Fachkräftemangel, Qualitätsverlust	 Konsequenter Bürokratieabbau Weniger Bürokratie bringt Milliarden und entlastet alle Beteiligten
 Kürzungen und Leistungseinschränkungen <i>Risiko:</i> Verschiebung des Problems, keine Lösung der Kostenursachen	 Strukturreformen statt pauschaler Deckelungen Effizientere Strukturen, weniger Doppelstrukturen, bessere Versorgung
 Keine zusätzlichen Einnahmen – Beitragssatz bleibt unter Druck <i>Risiko:</i> Spardruck bleibt und kommt immer wieder	 Moderate Anhebung der Beitragsbemessungsgrenze und Einbeziehung weiterer Einkommensarten Mehr Gerechtigkeit und stabilere Einnahmen



PAUSCHALES SPAREN IST KEINE REFORM – ES IST EINE GEFAHR FÜR UNSERE GESUNDHEIT.
Für eine Finanzierung, die solidarisch, gerecht und zukunftsfest ist!



STARKE VERSORGUNG. FAIRE FINANZIERUNG. GEMEINSAM FÜR GESUNDHEIT.

Meine Haltung: Gesundheit ist keine Sparmasse. Wer bei Ärzten, Kliniken und Praxen kürzt, trifft nicht abstrakte Strukturen, sondern kranke Menschen ganz konkret. Honorardeckel und Budgetgrenzen führen zu weniger Behandlungskapazität, längeren Wartezeiten und im Zweifel zu schlechterer Versorgung genau dort, wo Menschen am verletzlichsten sind. Das ist kein Kollateralschaden, das ist die absehbare Folge dieses Gesetzes.

Die eigentlichen Ursachen der steigenden Kosten werden dabei nicht angepackt. Strukturelle Probleme im System bleiben ungelöst, stattdessen zahlen Patientinnen und Patienten die Zeche in Form von schlechterer Versorgung. Das ist keine Reform, das ist eine Verschiebung des Problems auf die Schwächsten.

Ich halte mehr von Strukturreformen statt pauschaler Deckelungen, von konsequentem Bürokratieabbau, der tatsächlich Milliarden einsparen könnte, und von einer deutlichen Erhöhung der Beitragsbemessungsgrenze sowie der Einbeziehung weiterer Einkommensarten. Wer mehr verdient, sollte auch spürbar mehr zur solidarischen Finanzierung beitragen. Eine stabile Finanzierung des Gesundheitswesens darf nicht auf dem Rücken kranker Menschen ausgetragen werden.

Quellen

– GKV-Beitragsatzstabilisierungsgesetz, beschlossen vom Bundestag am 10. Juli 2026
Sprendlingen, im September 2026

